

NEW S

Bulletin der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten

Franz - Mehring - Platz 1, D - 10243 Berlin,
Tel +49 30 – 29 78 41 74, Fax +49 30 – 29 78 41 79
E-Mail: bundesbuero@vvn-bda.de, Internet: www.fir.at

Nr. 10

Februar 2007

FIR verurteilt Holocaust - Leugnung

Schon in der Ausgabe Nr. 9 haben wir auf den Skandal der für den Herbst 2006 in Teheran geplanten geschichtsrevisionistischen Konferenz hingewiesen. Noach Flug, der Präsident des Internationalen Auschwitz-Komitees hatte dies in einem Brief an den iranischen Regierungschef scharf kritisiert. Nun hat diese Konferenz Ende November 2006 tatsächlich stattgefunden und offene Leugner der faschistischen Massenverbrechen aus Europa und den USA konnten auf dieser Konferenz auftreten. Überlebende des Holocaust waren von einer Teilnahme ausgeschlossen. In aller Deutlichkeit hat die FIR mit der nachfolgenden Erklärung gegen diesen Versuch der Geschichtsrevision protestiert.

Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer – FIR – Bund der Antifaschisten, die Dachvereinigung von Organisationen ehemaliger Widerstandskämpfer, Partisanen, Angehörigen der Anti-Hitler-Koalition, Verfolgten des Naziregimes und Antifaschisten heutiger Generationen aus über zwanzig Ländern Europas und Israels, protestiert mit allem Nachdruck gegen die geschichtsrevisionistische Konferenz zum Thema Holocaust, die – getragen von der iranischen Regierung – in Teheran Anfang dieser Woche durchgeführt wurde.

Es war, wie nach den Ankündigungen nicht anders zu erwarten, keine wissenschaftliche Konferenz, sondern eine Veranstaltung, auf der offen die Massenvernichtung von Juden in Form industriell organisierter Vernichtungspolitik geleugnet wurde. Die eingeladenen „Experten“ waren ausnahmslos bekannte Geschichtsrevisionisten und zum Teil offene Antisemiten. So konnte es auch nicht verwundern, dass das Angebot der Überlebenden von Auschwitz, Zweiflern die Realität der Vernichtungspolitik durch Zeugen der Verbrechen zu beweisen, ausgeschlagen wurde.

Die politische Führung des Irans zeigt damit, dass sie Geschichtsrevisionismus fördert und dieses gleichzeitig mit einer Denunziation des Staates Israel verbindet. Eine solche Veranstaltung soll das politische Klima im Nahen Osten weiter vergiften und die Spannungen zwischen Israel und seinen Nachbarn verstärken.

Als antifaschistische Organisation, die der historischen Wahrheit und dem Kampf gegen jegliche Form von Rassismus und Antisemitismus verpflichtet ist, verurteilen wir solche Propaganda. Zufrieden können wir aber feststellen, dass diese geschichtsrevisionistische Veranstaltung in der Weltöffentlichkeit einen deutlichen Widerspruch erfahren hat. Wir wissen uns dabei einig mit all jenen demokratischen und friedliebenden Kräften, die sich aktiv gegen Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus und für den Abbau von Spannungen im Nahen Osten einsetzen.

Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet im Konsens eine Resolution gegen jede Form der Holocaust - Leugnung

Im Januar 2007 bestätigte die UNO Generalversammlung eine Resolution vom 1. November 2005, in der jegliche Bestrebungen zur Holocaust-Leugnung zurückgewiesen werden. Da eine Ignoranz gegenüber den historischen Fakten dieses Menschheitsverbrechens die Gefahr einer Wiederholung verstärkt, fordert die Versammlung von allen Mitgliedsstaaten eine klare Zurückweisung jeglicher Leugnung des Holocaust als historisches Ereignis, sowohl in Gänze oder auch in Teilen sowie aller Aktivitäten, die dieses Ziel verfolgen.

Die **Resolution im Wortlaut:**

Die Generalversammlung,

eingedenk dessen, dass das Gründungsprinzip der Charta der Vereinten Nationen, "die kommenden Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren", die unauflösliche Verbindung bezeugt, die zwischen den Vereinten Nationen und der beispiellosen Tragödie des Zweiten Weltkriegs besteht,

unter Hinweis auf die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, die verabschiedet wurde, um zu verhindern, dass es je wieder zu Völkermorden kommt, wie sie vom Nazi-Regime begangen wurden,

sowie unter Hinweis auf die Präambel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, in der es heißt, dass die Nichtanerkennung und Verachtung der Menschenrechte zu Akten der Barbarei geführt haben, die das Gewissen der Menschheit mit Empörung erfüllen,

davon Kenntnis nehmend, dass die sechzigste Tagung der Generalversammlung im sechzigsten Jahr nach der Niederlage des Nazi-Regimes stattfindet,

erinnernd an die achtundzwanzigste Sondertagung der Generalversammlung, ein einzigartiges Ereignis, mit dem des sechzigsten Jahrestags der Befreiung der Nazi-Konzentrationslager gedacht wurde,

in Würdigung des Mutes und der Einsatzbereitschaft der Soldaten, die die Konzentrationslager befreiten,

erneut erklärend, dass der Holocaust, bei dem ein Drittel des jüdischen Volkes sowie zahllose Angehörige anderer Minderheiten ermordet wurden, auf alle Zeiten allen Menschen als Warnung vor den Gefahren von Hass, Intoleranz, Rassismus und Vorurteil dienen wird,

1. beschließt, dass die Vereinten Nationen den 27. Januar eines jeden Jahres zum Internatio-

nen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust erklären werden;

2. fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, Erziehungsprogramme zu erarbeiten, die die Lehren des Holocaust im Bewusstsein künftiger Generationen verankern werden, um verhindern zu helfen, dass es in der Zukunft wieder zu Völkermordhandlungen kommt, und spricht in diesem Zusammenhang der Arbeitsgruppe für Internationale Zusammenarbeit bei der Holocausterziehung, dem Holocaustgedenken und der Holocaustforschung ihre Anerkennung aus;

3. weist jede vollständige oder teilweise Leugnung des Holocaust als eines geschichtlichen Ereignisses zurück;

4. lobt die Staaten, die sich aktiv um die Erhaltung der von den Nazis während des Holocaust als Todeslager, Konzentrationslager, Zwangsarbeitslager und Gefängnisse genutzten Stätten bemüht haben;

5. verurteilt vorbehaltlos alle Manifestationen von religiöser Intoleranz, Verhetzung, Belästigung oder Gewalt gegenüber Personen oder Gemeinschaften auf Grund ihrer ethnischen Herkunft oder religiösen Überzeugung, gleichviel wo sie sich ereignen;

6. ersucht den Generalsekretär, als Beitrag zur Verhinderung künftiger Völkermordhandlungen ein Informationsprogramm zum Thema "Der Holocaust und die Vereinten Nationen" aufzustellen und Maßnahmen zur Mobilisierung der Zivilgesellschaft für das Gedenken an den Holocaust und die Holocausterziehung zu ergreifen, der Generalversammlung innerhalb von sechs Monaten nach der Verabschiedung dieser Resolution über die Aufstellung dieses Programms Bericht zu erstatten und sie auf ihrer dreiundsechzigsten Tagung über die Durchführung des Programms zu unterrichten.

Document A/61/L.53

Politische Ehrung in Brüssel: »Rote Kapelle« gehört zum neuen Europa

Mit mehreren Veranstaltungen erinnerten die „Front de l'Indépendance“ und die FIR gemeinsam mit der russischen Botschaft in Belgien an die Verhaftung der ersten Gruppe der sogenannten Roten Kapelle vor 65 Jahren im deutsch-besetzten Brüssel.

Eine Ehrung der Widerstandskämpfer fand in der KZ-Gedenkstätte Breendonk statt. In diese ehemalige Festung waren die ersten Verhafteten zum Verhör durch die Gestapo eingeliefert worden. Eine zweite Ehrung erfolgte im Brüsseler Widerstandsmuseum. Eine Tagung erinnerte an die risikofolle antifaschistische Arbeit der in der westlichen Publizistik über Jahrzehnte als »Vaterlandsverräter« und sowjetische Spione diffamierten Mitglieder der »Roten Kapelle«. Historiker konnten einige neue Details ihrer Forschung offerieren.

Es begann 1938 mit einem Auftrag des Generalstabs der Roten Armee an Leopold Trepper. Der polnische Jude, der in den 20er Jahren in Palästina der KP beigetreten und in den 30er Jahren im sowjetischen Exil war, begann damals in Brüssel, als kanadischer Geschäftsmann getarnt, erste Strukturen für einen Nachrichtentransfer in die Sowjetunion aufzubauen. Im Sommer 1939 trafen zu seiner Unterstützung Michael Makarow und Anatolij Gurevitch ein. Sie waren kurzfristig in Moskau für ihren Spezialeinsatz ausgebildet und in Paris mit einem uruguayischen Pass versehen worden. Nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Belgien floh Trepper nach Frankreich und tauchte in der unbesetzten Zone unter. Von dort aus gelang es ihm, im März 1941 Handelsfirmen in Paris und Brüssel aufzubauen. Bald stieß Johann Wenzel hinzu, der Makarow und weitere Mitstreiter im Funken und Chiffrieren unterrichtete. Im Spätsommer 1941 konnte in der Rue des Atrébates 101 im Brüsseler Stadtteil Etterbeek der Sendebetrieb aufgenommen werden. Bereits im Herbst des Jahres zeichnete die deutsche Funkabwehr Signale auf, die sie mit Moskau in Verbindung brachte. Einem Funker gab die Abwehrstelle Belgien den Namen »Pianist«. Und da man mehrere »Musikanten« vermutete, war der Fahndungsname »Rote Kapelle« für diesen Widerstandskreis geboren. In den Abendstunden des 13. Dezember 1941 stürmten Gestapo-Männer das Haus in der Rue des Atrébates 101, vor dem heute eine Tafel erinnert. Makarow und fünf weitere Personen wurden verhaftet. Im Frühjahr 1942 bildete die Gestapo die Sonderkommission »Rote Kapelle«. An die 90 Frauen und Männer wurden nicht nur in Belgien, sondern auch Frankreich und

den Niederlanden verhaftet, viele schwer misshandelt und auf der Stelle ermordet.

Ende Juli 1942 gab Wenzel im KZ Breendonk unter bestialischer Folter den Funkcode preis. Daraufhin konnten von der Abwehr 80 Funkprüche entschlüsselt werden, darunter auch der Auftrag aus Moskau an Gurevitch, nach Berlin zu fahren und sich dort mit Harro Schulze-Boysen zu treffen, dessen Adresse und Telefonnummer sogar angegeben waren. Schulze-Boysen wurde zunächst nur überwacht, am 31. August 1942 erfolgte dann seine Verhaftung im Luftfahrtministerium. In der Folge kam es zur Festnahme von über 120 Frauen und Männern von sieben Berliner Widerstandskreisen. Sie wurden von der Gestapo dem Ermittlungskomplex »Rote Kapelle« zugeordnet, obwohl es außer dem einmaligen Besuch von Gurevitch keine weiteren Kontakte zu den Gruppen des sowjetischen militärischen Nachrichtendienstes in Westeuropa gegeben hatte.

An der Tagung in Brüssel nahmen neben Historikern auch ehemalige Freiheitskämpfer und Partisanen, Offiziere der belgischen Armee und der Bürgermeister von Etterbeek teil. Der russische Botschafter, Vadim Lukov, würdigte den Kampf der autonomen antifaschistischen Gruppen in Belgien, Frankreich, Deutschland, den Niederlanden und der Schweiz, die der Führung der Roten Armee wichtige Informationen für den Kampf gegen den deutschen Aggressor übermittelt hatten. Eine Überraschung für viele Teilnehmer war, dass es sich auch der Chef des belgischen Nachrichtendienstes, Robin Libert, nicht nehmen ließ, dem Einsatz der Widerstandskämpfer Achtung und Anerkennung zu zollen. Man stelle sich dies in Deutschland vor!

Besondere Aufmerksamkeit erfuhr auch die Grußbotschaft von Anatolij Gurevitch, der sehr bedauerte, dass er mit seinen 93 Jahren den doch für ihn weiten Weg aus Petersburg nach Brüssel nicht mehr hat wagen können.

Der Präsident der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten, Michel Vanderborght, betonte, dass die Mitglieder der »Roten Kapelle« für eine Welt des Friedens und der Freiheit gekämpft, Mut

und Zivilcourage bewiesen hatten und ihnen ein fester Platz im kollektiven Gedächtnis des neuen, vereinten Europas gebühre. Ihr Vermächtnis verpflichte, sich auch heute gegen Rassismus, Antisemitismus und Krieg aufzulehnen. Bewegender Abschluss der Ehrung: Ein Trompeter

spielte die Hymne der französischen Partisanen.

Von Hans Coppi

Die FIR zu Gast auf dem Kongress der Weltorganisation der Frontkämpfer (FMAC) in Kuala Lumpur

Ansprache von Vilmos Hanti, Vizepräsident der FIR und Präsident des ungarischen Verbandes MEASZ

Ich habe die Ehre Ihnen, den Führern und Mitgliedern der Weltveteranenvereinigung, die herzlichsten Grüße und besten Wünsche des Präsidiums und der Mitgliedschaft der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten zu übermitteln. Ich möchte Ihnen die besonderen Grüße von Herrn Michel Vanderborght, Präsident der FIR, überbringen. Ich möchte nicht verbergen, dass ich stolz darauf bin, als Vizepräsident der FIR beauftragt worden zu sein, die FIR auf dieser Generalversammlung der berühmten Weltveteranenvereinigung zu repräsentieren.



FIR – Vizepräsident Vilmos Hanti auf der Konferenz in Kuala Lumpur

Ich bin froh, Sie informieren zu können, dass beide Veteranenorganisationen in hohem Maße in den Mitgliedsorganisationen der FIR – einschließlich Ungarns – geschätzt werden. Ihr verehrter Präsident hatte vor einigen Monaten die Möglichkeit sich mit eigenen Augen davon zu überzeugen.

Meine Damen und Herren, kurz nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa gründeten Gefangene aus den Konzentrationslagern und des faschistischen Deutschlands in Warschau die internationale Föderation der ehemaligen politischen Gefangenen (FIAPP).

Diese Organisation verbreiterte stufenweise die politischen und geographischen Ränder ihrer Tätigkeit und in 1951 wurde die FIR mit dem Organisationsbüro in Wien gegründet. Der kalte Krieg drückte seinen Stempel auf den ersten Jahren der Tätigkeiten der FIR. Zuerst gab es Rivalitäten, später, vergleichbar mit den Änderungen der internationalen Situation, wurde die Suche nach Zusammenarbeit immer charakteristischer. 1979 organisierten die FIR und die WVF gemeinsam in Rom das Welttreffen der ehemaligen Kriegsteilnehmer. In Anerkennung ihrer Rolle in den Friedensbewegungen wurde die FIR zum "Botschafter des Friedens" vom Generalsekretär der Vereinten Nationen ernannt.

In den 90er Jahren musste die FIR auf die Veränderungen in den politischen Strukturen der Welt reagieren. Die Probleme ehemaliger Partisanen und Widerstandskämpfern der einmaligen sozialistischen Länder erhöhten sich, der Altersdurchschnitt erhöhte sich auch, die finanzielle Mittel wurden jedoch geringer. Es wurde notwendig, die Türen der FIR für jüngere Antifaschisten weit zu öffnen. Dieses wurde 2004, als der Kongress den Namen in "Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten" änderte, vollendet.

Der Slogan blieb derselbe: "Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!". Die Hauptziele sind, auch unverändert: Verteidigung der Rechte und der Interessen der ehemaligen Widerstandskämpfer und ihrer Familienangehörigen; Kampf für den Frieden, demokratische und soziale Rechte, Menschenwürde; Kampf gegen Neofaschismus, Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus; Kampf gegen jede Form von Terrorismus, Rassismus, politischer oder irgendeiner anderer Art von Diskriminierung.

Der Kongress 2004 verlegte das Büro und das Sekretariat der FIR nach Berlin. Ihr Präsident kommt aus Belgien der Generalsekretär aus Deutschland. Ein Vizepräsident aus Russland und ich bin der andere aus Ungarn. Heute hat

die FIR mehr als 40 Mitgliedsorganisationen in etwa 22 Ländern.

Meine Damen und Herren,
ich bin froh, dass meine eigene Organisation, die ungarische Vereinigung der Widerstandskämpfer und Antifaschisten einen positiven Beitrag leisten konnte, um die Kontakte auf hohem Niveau zwischen der FIR und der WVF wieder zu beleben. Ihr verehrter Präsident, Herr Hamid Ibrahim und der FIR – Generalsekretär Dr. Ulrich Schneider trafen sich in Budapest im August 2005. Und jetzt bin ich hier und bringe in meinem Gepäck die brüderlichen Gefühle und Sympathie Ihrer ungarischen Kameraden bezogen auf die Ziele und Vorstellungen der WVF. Wir wünschen dieser Generalversammlung und der Weltveteranenvereinigung im Allgemeinen viel Erfolg und starken Willen in Ihren vortrefflichen Bemühungen, die Lebensbedingungen der Veteranen auf der ganzen Erde zu verbessern.

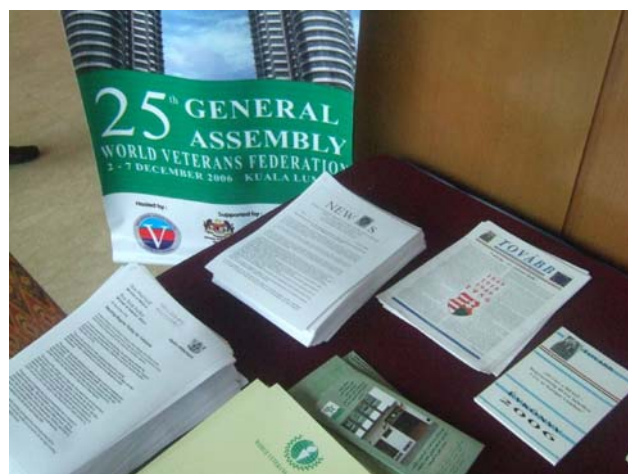
Meine Damen und Herren,
erlauben Sie mir noch einige Worte in meiner anderen Eigenschaft zu sagen. Ich bin ebenfalls Präsident der ungarischen Vereinigung der Widerstandskämpfer und Antifaschisten, Mitglied der WVF und der FIR. Unser Präsidium autorisierte mich, Ihnen seine besten Wünsche und Glückwünsche zu übermitteln.

Ungefähr die Hälfte unserer Mitgliedschaft besteht aus Veteranen, die in Ungarn oder auswärts, in Frankreich, Belgien, Jugoslawien, in der sowjetischen roten Armee mit Waffen und auf politischer Ebene gegen den Faschismus im Zweiten Weltkrieg gekämpft haben. Der andere Teil unserer Mitgliedschaft besteht aus Angehörigen der jüngeren Generationen von Antifaschisten, die davon zutiefst überzeugt sind, dass eine Wiederbelebung von Neofaschismus, von Rassismus, von Ausgrenzung und von Antisemitismus mit den Wurzeln verhindert werden muss. Es ist traurig festzustellen, dass die Zei-

chen einer solchen Wiederbelebung in Europa, einschließlich Ungarn feststellbar sind.

Die Hauptaufgabe unserer Vereinigung ist es, die Interessen unserer Mitglieder zu vertreten und zum Kampf gegen die Wiedergeburt der extremen rechten Gruppen in den europäischen Politiken beizutragen. Unsere Vereinigung schätzt in hohem Grade seine Mitgliedschaft in der Weltveteranenvereinigung und in der internationalen Föderation der Widerstandskämpfer. Unsere Vorstellungen stimmen völlig mit den Zielen und den Bemühungen dieser wichtigen internationalen Organisationen überein. Finanzielle Probleme hindern uns jedoch, in diesen Organisationen so aktiv zu sein, wie wir es möchten. Dasselbe trifft auf unsere bilateralen Beziehungen zu.

Zum Schluss möchte ich dem Exekutivorgan und der Generalversammlung meine Dankbarkeit ausdrücken für die Aufnahme der ungarischen Allianz der brüderlichen Vereinigung in die WVF. Ich kann Ihnen, meine Damen und Herren, versichern, dass diese Organisation, die hauptsächlich aus ehemaligen Soldaten besteht, völlig für eine Aufnahme geeignet ist.



FIR – Bulletin auf dem Kongress des WVF/FMAC (Weltfrontkämpferverband).

Deutschland

VVN - BdA startet Unterschriftenkampagne zum Verbot der neofaschistischen NPD

In Vorbereitung auf den Internationalen Gedenktages für die Opfer des Faschismus eröffnete die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) am 25. Januar 2007 eine Kampagne für ein Verbot der neofaschistischen NPD. Unterstützt durch zahlreiche Prominente, Überlebende der fa-

schistischen Verfolgung und des Widerstands, Vertreter von verschiedenen in den Parlamenten vertretenen Parteien, Gewerkschafter, Wissenschaftler, Schauspieler und andere Künstler ruft die Organisation dazu auf: „**Demokratie vor Neofaschisten schützen!**“



Auf den Stufen vor dem Reichstag in Berlin – antifaschistische Parolen

Die NPD ist zur Zeit in zwei Landtagen und zahlreichen Kommunalparlamenten vertreten. Gemeinsam mit gewaltbereiten Gruppen der Neonazis ist sie verantwortlich für Übergriffe und rassistische Hetze.

Die VVN - BdA erinnert an die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, der Alliierten Kontrollratsgesetze und den Artikel 139 Grundgesetz, um ihre Forderung nach Verbot der NPD zu unterstreichen.

Bis Ende 2007 will die VVN - BdA über 100.000 Unterschriften unter einen Appell an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages für diese Forderung sammeln.

Am 26. und 27. Januar 2007 fanden dazu in verschiedenen Städten der BRD Mahnwachen, Demonstrationen und andere Aktionen statt. Vor dem Reichstag in Berlin entrollten junge Antifaschisten ein riesiges Transparent mit der

Losung: „nonpd - Auschwitz gedenken heißt NPD verbieten.“

Die FIR unterstützt diese Aktion als Beitrag zur konkreten Verwirklichung unserer **„Politischen Erklärung zur Gefahr durch die extreme Rechte in Europa, Europäische Initiativen sind gefordert!“**

Sie ruft Mitgliedsverbände und demokratische Kräfte in anderen europäischen Staaten auf, durch Stellungnahmen, Briefen an die deutsche Bundesregierung und andere politische Stellen dieses Anliegen zu unterstützen.

Stellungnahmen bitte an: VVN-BdA Bundesgeschäftsstelle, Franz-Mehring-Platz 1, D – 10243 Berlin

Ulrich Schneider

Eine viel beachtete politische Initiative

Auf der Sitzung des Exekutivausschusses Ende September 2006 in Moskau verabschiedete die FIR eine „**Politische Erklärung zur Gefahr durch die extreme Rechte in Europa, Europäische Initiativen sind gefordert!**“

Diese Erklärung entsprang der Notwendigkeit, auf die in verschiedenen europäischen Ländern (z.B. Belgien, Deutschland, Russland, Ungarn) anwachsenden neofaschistischen, rassistischen und rechtspopulistischen Umtriebe politisch zu reagieren. Unsere Erklärung war nicht nur eine Beschreibung der Situation, sondern auch eine Aufforderung an unsere Mitgliedsverbände, an die demokratischen gesellschaftlichen Kräfte in den verschiedenen Ländern und an die politisch Verantwortlichen und Institutionen in der Europäischen Union, dieser Gefahr nicht tatenlos zuzusehen, sondern engagiert zu handeln.

Wir können feststellen, dass unsere Initiative gerade rechtzeitig kam und auf große Resonanz gestoßen ist. Der Text unserer Erklärung ist in vielen Ländern Europas in den Zeitungen der Mitgliedsverbände an herausragender Stelle im Wortlaut abgedruckt worden. Auch politisch orientierte Tages- und Wochenzeitungen außerhalb unserer Organisationen haben diese Erklärung teils wörtlich, teils in Auszügen verbreitet. Auf zahlreichen Internetseiten kann man bis heute unsere Erklärung finden. Damit hat diese politische Initiative der FIR eine Aufmerksamkeit erfahren, wie schon lange nicht mehr.

Gleichzeitig haben wir uns bemüht, die politisch Verantwortlichen in Europa mit unseren Positionen direkt anzusprechen. Wir haben die Erklärung an die Vorsitzenden aller Fraktionen im

Europäischen Parlament übermittelt, um damit die politische Aufmerksamkeit auf dieses Thema zu lenken.

Wie notwendig unsere Initiative war, zeigt auch der aktuelle Vorschlag der deutschen Justizministerin Brigitte Zypries während der EU – Ratspräsidentschaft eine EU-weite strafrechtliche Verfolgung von Tatbeständen wie Volksverhetzung und Leugnung des Holocausts durchzusetzen.

Angesichts der skandalösen Konferenz zur Holocaust-Leugnung in Teheran, aber auch der unsäglichen Provokationen der sächsischen NPD-Abgeordneten wäre dieser Vorschlag ein erster Schritt zur Umsetzung der Vorschläge der FIR gegen die Gefahren extrem rechter Kräfte in Europa, erklärten wir in einer Presseerklärung zum Zypries-Vorschlag.

Nun kommt es darauf an, solche Verbote durch gesellschaftliche Initiativen zu unterfüttern. So fordert die FIR von den politisch Verantwortlichen in allen europäischen Ländern und in der EU dem Handeln gegen Rassismus, Antisemitismus, Neofaschismus und extremer Rechten in verschiedenen Spielarten ein größeres politisches Gewicht beizumessen. Es müssen weitere Mittel für zivilgesellschaftliche Projekte gegen Rassismus und Xenophobie, für die Stärkung von Demokratie und Dialog bereitgestellt werden, wie wir es in unserer Erklärung gefordert haben.

U. Schneider

Bewegender Abschied von einem antifaschistischen Kämpfer

Peter Gingold, antifaschistischer Widerstandskämpfer, Kommunist aus jüdischem Elternhaus, Internationalist starb am 29. Oktober in Frankfurt/M. im Alter von 90 Jahren.

Am Sonntag, den 5. November fand im Frankfurter Gewerkschaftshaus eine bewegende Trauerfeier statt. Etwa 1000 Gäste, davon viele angereist aus allen Teilen der Bundesrepublik, nahmen Abschied von einer großen Persönlichkeit der deutschen antifaschistischen Bewegung.

Harald Fiedler, Regionsvorsitzender des DGB, Heinz Stehr, Vorsitzender der DKP, und Ulrich Schneider, Bundessprecher der VVN-BdA und Generalsekretär der FIR würdigten aus ver-

schiedenen Perspektiven das politische und private Leben von Peter Gingold, der als Antifaschist in Deutschland, später im französischen Exil, in der Résistance kämpfte. Im August 1944 nahm er am Aufstand zur Befreiung von Paris teil. Den 8. Mai 1945, „das Morgenrot der Menschheit“, erlebte er bei den italienischen Partisanen in Turin.

Peter Gingold war ein viel gefragter Redner, Gesprächspartner und Zeitzeuge, der politisch reflektiert, engagiert und persönlich authentisch historische Zusammenhänge vermitteln konnte. Neben seiner politischen Arbeit als Bundessprecher der VVN-BdA standen seine Aktivitäten im Auschwitz-Komitee der BRD, gegen die

Profiteure der Kriegsverbrechen - die IG-Farben in Abwicklung oder für den Verband Deutscher in der Résistance, in den Streitkräften der Antihitlerkoalition und der Bewegung ‚Freies Deutschland‘ e.V. (DRAFD). Er nahm teil am 13. ordentlichen Kongress der FIR in Berlin und begleitete dabei den Prozess der Reorganisation unserer Organisationsstruktur.

Diese breite Anerkennung wurde in den Traueransprachen von Arno Lustiger als Vertreter der jüdischen Gemeinde, von Gästen aus Frankreich (Rechtsanwalt Pierre Caldor) und Kuba, von Jugendlichen oder Mitstreitern, wie Kurt Goldstein oder Esther Bejarano deutlich. Mit dem gemeinsamen Gesang der „Internationale“ endete diese würdige Trauerfeier. Peter Gingold bleibt unvergessen.

Ulrich Schneider

Nachrichten

Europäisches Netzwerk gegen Rassismus (ENAR)

Die großen politischen Parteien dürfen nicht mit der geplanten extrem rechten Fraktion im Europäischen Parlament zusammenarbeiten

Nach der Aufnahme von Bulgarien und Rumänien wird es wahrscheinlich, dass eine schon lang geplante Bemühung, eine extrem-rechte Fraktion im Europäischen Parlament zu schaffen, verwirklicht wird. Die Initiative, die während der Plenarsitzung der folgenden Woche in Straßburg verkündet wird, steht in direktem Widerspruch zur Philosophie der Charta der europäischen Parteien für eine nicht-rassistische Gesellschaft.

Die Charta, die von der Majorität der politischen Gruppen 2001 unterzeichnet wurde, erklärte ausdrücklich, dass die Unterzeichner "Abstand halten von jeder möglicher Form des politischen Bündnisses oder der Zusammenarbeit auf allen Niveaus mit irgendeiner politischen Partei, die von sich aus rassistische oder ethnische Vorurteile fördert und zum rassistischen Hass anreizt". Die Mitglieder der geplanten Fraktion demonstrieren offen Verhalten und Tätigkeiten, die zur ‚Erregung oder Förderung von Vorurteilen‘ angetan sind.

Z.B. verteilte das bulgarische Mitglied des Europaparlaments (MdEP) Dimitar Stoyanov Ende letzten Jahres eine diffamierende E-Mail im Europäischen Parlament über "Zigeuner", nachdem ein ungarischer Roma MdEP zum „MdEP des Jahres“ ernannt wurde. Diese Aktion wurde weitgehend im Parlament verurteilt.

ENAR ersucht alle MdEPs, eine Zusammenarbeit mit der geplanten Fraktion oder irgendwelchen seiner Mitglieder abzulehnen, in Überein-

stimmung mit den Verpflichtungen, die in der Charta formuliert wurden.

Diese Entwicklung ist extrem ernstzunehmender Hinweis auf die gegenwärtige Lage des Anti-Rassismus in Europa. Bashy Quraishy, Vorsitzender der ENAR, erklärte: "Der Aufstieg der extremen Rechten in Europa stellt eine Institutionalisierung des wachsenden Vorurteils- und Anti-Minoritätgefühls dar; wir dürfen solche Ansichten nicht zu einer legalen politischen Stimme werden lassen ". Er fuhr fort festzustellen, „zu einer Zeit, in der Europa noch kein wirkungsvolles Instrument gegen rassistische Verbrechen und Hassreden angenommen hat, muss das Europäische Parlament Führung und politischen Mut demonstrieren".

Brüssel, 8. Januar 2007

Das europäische Netz gegen Rassismus (ENAR) ist ein Netz der europäischen nichtstaatlichen Organisationen, die arbeiten, um Rassismus in allen EU-Mitgliedsstaaten zu bekämpfen und vertritt mehr als 600 nichtstaatliche Organisationen, die in der Europäischen Union vorhanden sind. Seine Einrichtung war ein Hauptresultat des europäischen Jahres gegen Rassismus 1997. ENAR zielt darauf ab, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamophobie zu kämpfen, Gleichbehandlung zwischen EU-Bürgern und Drittlandangehörigen zu fördern und lokale/regionale/nationale Initiativen mit europäischen Initiativen zu verbinden.

Zum Internationalen Gedenktag 2007

Belgien Gemeinsames Gedenken

Am Samstag, den 27. Januar fand in Brüssel eine geschichtspolitische Veranstaltung anlässlich des **Internationalen Tages des Gedenkens**, der auch von den Vereinten Nationen zur Erinnerung an die Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee im Jahre 1945 ausgerufen worden war, statt.

Eingeladen hatten zu dieser Veranstaltung die ANPI, Associazione Nazionale Partigiani d'Italia – Comitato del Belgio, der Front de l'Indépendance und die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten.

Eingeladen war zu einem freundschaftlichen Zusammensein und einer Konferenz unter dem Titel: **„Die Geschichte der Lager gestern und heute. Überlegungen zu einer Kultur der Er-**

innerung, wie sie in unserer heutigen Zeit praktiziert wird.“

Als Referent konnte José Gotovitch, Historiker und Honorarprofessor an der Université Libre de Bruxelles gewonnen werden.

Eröffnet wurde das Treffen mit einer Besichtigung des Widerstandsmuseums und einem Zusammensein mit ehemaligen Partisanen und Widerstandskämpfern

Umrahmt wurde das Programm mit „Liedern aus dem Widerstand“, vorgetragen von der Gruppe „Bella Ciao“ und von Ansprachen von Michel Vanderborght, Präsident der FIR, und Ennio Odino, Präsident der ANPI – Comitato del Belgio.

Vereinte Nationen Ausstellung über den Holocaust an Sinti und Roma

Das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma präsentiert aus Anlass des Internationalen Gedenktages 2007 in den Räumen des Hauptquartiers der Vereinten Nationen die Ausstellung: **„Der Holocaust gegen die Roma und Sinti und der heutige Rassismus in Europa“**. An der Ausstellungseröffnung nehmen zahlreiche Vertreter der Roma aus allen Teilen der Welt teil.

In einem Schreiben an den Zentralrat Deutscher Sinti und Roma bedankte sich die FIR für

die Einladung und für deren großartiges Engagement in dieser Frage, das mit der Ausstellung in New York seine sichtbare Anerkennung gefunden hat.

„Gerade angesichts des bis heute virulenten Rassismus und Antiziganismus in vielen Ländern der Welt ist die Erinnerung an das Menschheitsverbrechen gegen Roma und Sinti notwendiger denn je“ unterstrich Generalsekretär Dr. Schneider in dem Antwortschreiben.

Vereinte Nationen FIR gratuliert dem neuen Generalsekretär Ban Ki Moon

Der Präsident Michel Vanderborght und der Generalsekretär Dr. Ulrich Schneider übermittelten dem neuen Generalsekretär der Vereinten Nationen die besten Glückwünsche der FIR.

Wörtlich heißt es in dem Brief:

„Gemeinsam sehen wir uns verpflichtet im Eintreten für Frieden und Demokratie, gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitis-

mus, für soziale Gerechtigkeit sowie gegen Neofaschismus jeglicher Spielart und den Terrorismus mit seinen gesellschaftlichen Wurzeln. So arbeiten wir für die Verwirklichung der Charta der Vereinten Nationen.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen viel Erfolg bei Ihrer zukünftigen Arbeit und grüßen Sie.“

FIR Denkmale

Was heutigen Generationen nicht mehr bekannt sein dürfte, ist die Tatsache, dass es auf verschiedenen Friedhöfen und Gedenkstätten noch FIR – Mahnmale gibt. Antifaschistische Verbände sorgen dafür, dass diese Erinnerungsstätten nicht beseitigt werden und legen an diesen Denkmälern regelmäßig Blumen zur Erinnerung an die antifaschistischen Kämpfer nieder.

Zwei Beispiele aus Deutschland sollen diesmal vorgestellt werden:

Brand-Erbisdorf (Sachsen)

Neben dem Emblem der FIR steht in alter deutscher Schrift „Ihr Leben ist unser Vermächtnis – Antifaschistische Widerstandskämpfer des Kreises Brand-Erbisdorf“



Dresden (Sachsen)

Auf dem Heidefriedhof befindet sich der Ehrenhain für die Opfer des Faschismus. Gegenüber der Feierhalle, links vom Eingang zum Ehrenhain, steht vor einer Mauer ein hoher Obelisk mit dem Zeichen der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer.

Die Mauer trägt die Inschrift:

„Zum Höchsten der Menschheit emporgestrebt“

Von hier führt ein breiter Weg durch die Anlage, an dem auf beiden Seiten Stelen und Blöcke stehen. Auf den Stelen und Blöcken sind die Namen und Lebensdaten Hunderter Dresdner Gegner der nationalsozialistischen Diktatur verzeichnet, die in der Zeit von 1933 bis 1945 ermordet wurden oder später verstorben sind.



Ulrich Schneider

Anfrage nach Familienangehörigen

Mein Onkel, Antonios Chytiris, Sohn von Stamatias (Bruder meiner verstorbenen Mutter), wurde von den deutschen Truppen im September 1942 im Alter von 24 Jahren verhaftet und er wurde anschließend in das Arbeitslager STEINBERG verschleppt (in das von Deutschen nach dem Münchener Diktat 1939 besetzte Sudetengebiet), ein Gebiet, das von den Deutschen GABLONZ genannt wurde, heute heißt es Jablonec in der Tschechischen Republik. Er wurde anschließend in das Krankenhaus von Mlada Boleslav, in dem Ort Kosmonos, gebracht, wo er gegen Ende des Krieges an den Folgen seiner Erkrankung starb. Auf

dem Friedhof der oben genannten Stadt befindet sich sein Grab. All diese Informationen konnte ich vom Roten Kreuz und durch eigene Forschungen zusammentragen.

Ich bitte jede Person, die noch irgendwelche weiteren Informationen besitzt, mit mir in Kontakt zu treten.

Constantina Michou
Moustoxidi 21, Athens, 114 73, Greece
Tel: 210 64 58 355,
Mobile Phone: 6944 184 944

Anfrage der PEAEA

Ein antifaschistischer Kongress in der Ukraine

Ein antifaschistisches Forum der Ukraine fand am 16. Dezember 2006 mit etwa 500 Teilnehmern aus dem ganzen Land in der Hauptstadt Kiew statt. Veranstaltet wurde es vom Antifaschistischen Komitee der Ukraine, das sich im März 2006 in Kiew gebildet hatte. Gegründet hatte es sich damals auf einer Tagung der ukrainischen Sektion des Europäischen Friedensforums (epf) mit Vertretern von 32 Parteien, Organisationen und gesellschaftlichen Bewegungen zum Thema „Die Drohung des Neofaschismus in der Ukraine – Realität und Tendenzen“. Darüber referierte seinerzeit vor Politikern und Abgeordneten, Wissenschaftlern, Veteranen der Sowjetarmee und ausländischen Gästen der erste Stellvertreter des ukrainischen Parlamentspräsidenten, Adam Martinjuk. Zum Abschluss der Konferenz waren ein Memorandum und ein Manifest zu der genannten Problematik beschlossen worden,

Auf dieser Grundlage war nun das Forum vorbereitet worden. Tagungsstätte war nicht von ungefähr das Kiewer Memorial, das „Nationalmuseum der Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges 1941 – 1945“. Zu den Aufgaben nämlich, die sich das Antifaschistische Komitee gestellt hat, gehört nicht zuletzt, das Vermächtnis des Kampfes der Sowjetvölker, darunter des ukrainischen Volkes, gegen den Hitlerfaschismus zu bewahren und zu verteidigen. Dieses Erbe ist besonders seit der „oran-genen Revolution“ von 2004 mancherlei Angriffen derer ausgesetzt, die Hitlers ukrainische Helfershelfer während der Zeit der Nazi-Okkupation, also die Organisation der Ukrainischen Nationalisten (OUN) und deren Ukrainische Aufstandsarmee (UPA), die Mörder von 4,5 Millionen Menschen, zu den wahren Nationalhelden des Landes hochstilisieren wollen – Geschichtsrevisionismus auf ukrainisch!

Hauptgegenstand des Antifaschistischen Forums im Dezember, das von dem Vorsitzenden des Komitees, dem ukrainischen Parlamentsabgeordneten G. W. Buiko, geleitet wurde, war daher der 60. Jahrestag des Nürnberger Urteils. Übereinstimmend wiesen die Referenten nach, dass die Nürnberger Prinzipien als untrennbarer Bestandteil des Völkerrechts fortgelten und dass sie insbesondere verbieten, Angriffskriege vorzubereiten und zu führen; imperialistische Kräfte, die dagegen verstoßen, namentlich die gegenwärtige Führung der USA und maßgebli-

che Kreise anderer NATO-Staaten, treten also in Hitlers Fußstapfen.

In der Diskussion kamen Repräsentanten aller Bevölkerungsschichten mit antifaschistischen Bekenntnissen zu Wort – vom Sprecher der Ukrainischen Orthodoxen Kirche über Mitglieder des Allukrainischen Bundes sowjetischer Offiziere bis zum Jugendvertreter.

Pjotr Nikolajewitsch Simonenko, Erster Sekretär der Kommunisten Partei der Ukraine, nahm Stellung zum derzeitigen und künftigen Weg des Landes. Prof. Dr. Wolfgang Richter (Berlin), geschäftsführendes epf-Präsidiumsmitglied, warnte vor der Gefahr eines neuen Faschismus, die von der aggressiven Außenpolitik der USA ausgeht, und trat für eine stabile europäische Friedensordnung ein. Prof. Dr. Gerhard Fischer (Berlin), Bundessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten, schilderte die Aufgaben, die sich gegenwärtig in der Auseinandersetzung mit dem Neonazismus in Deutschland stellen. Aufmerksam wurde die Mitteilung von Prof. Richter aufgenommen, dass das epf für Anfang Juli 2007 eine internationale Konferenz über „Pax Americana – Strategie der ‚bunten Revolutionen‘ – Kampf gegen den Neofaschismus“ in Minsk plant.

Die FIR war ebenfalls zu dieser wichtigen Tagung eingeladen worden, konnte jedoch aus terminlichen Gründen nicht anwesend sein.

In einem Grußschreiben, das von Prof. Fischer überbracht wurde, begrüßte die FIR das Anliegen der Konferenz und unterstrich – ausgehend von der Erklärung über die Gefahr extrem rechter Kräfte in Europa – die Notwendigkeit des gemeinsamen antifaschistischen Handelns. Dabei ist der Kampf um die Sicherung der Prinzipien des Nürnberger Prozesses, die Eingang in das Völkerrecht gefunden haben, eine Aufgabe für Demokraten und Antifaschisten, ob jung oder alt. Diese Grußbotschaft der FIR wurde von den Teilnehmenden mit großem Beifall aufgenommen.

Gerhard Fischer, VVN-BdA

Die Vielfalt der antifaschistischen Presse der Welt Ein kurzes Resümee

Es ist eine gute Tradition, dass die Mitgliedsverbände der FIR regelmäßig ihre Publikationen auch an die Geschäftsstelle der FIR in Berlin übersenden. Damit erhalten wir einen interessanten Überblick über die vielfältigen Aktivitäten und politischen Themenstellungen, mit denen sich unsere Mitgliedsverbände beschäftigen. Wir möchten auch die Verbände, die uns bislang ihre Publikationen noch nicht übersenden, auffordern dies zu tun.

Natürlich sind wir nicht in der Lage, alle europäischen Sprachen im Original zu lesen und zu verstehen, aber die Artikel, die Überschriften und Illustrationen geben uns bereits einen guten Eindruck von der lebendigen Erinnerungsarbeit, von der aktiven Beteiligung der Verbände an den politischen und sozialen Auseinandersetzungen in den jeweiligen Ländern.

Wir können erkennen, in welchem Umfang die Pflege der historischen Erinnerungsarbeit, Gedenkstättenpolitik oder die Verbindung zu aktuellen politischen Auseinandersetzungen mit Neofaschismus und Rassismus, sowie die Vertretung der sozialen Interessen der Überlebenden die Arbeit der jeweiligen Verbände bestimmt.

Für die politische Wirksamkeit der Arbeit FIR ist es darüber hinaus wichtig, dass die Initiativen der Organisation, unsere Presseerklärungen und andere Verlautbarungen sich in den Zeitungen der Mitgliedsverbände wiederfinden. Damit erleben die Veteranen, die Überlebenden der Konzentrationslager und die Antifaschisten der heutigen Generationen in über zwanzig Ländern Europas und Israels die politische Lebendigkeit unseres internationalen Zusammenschlusses.



Eine zufällige Zusammenstellung der Zeitungen, die uns in den letzten Wochen erreichten.

Für viele Angehörige der nachgeborenen Generationen ist diese internationale Verbundenheit ein wichtiger Aspekt, sich in der antifaschistischen Bewegung zu organisieren, damit sich das eigene politische Handeln nicht nur gegen antisemitische, rassistische, extremrechte und neofaschistische Gruppen und Bestrebungen vor der eigenen Haustür richtet.

Dieses wird in den Zeitschriften und Informationsblättern der Mitgliedsorganisationen deutlich erkennbar. Und auch wenn für die jungen Generationen das Internet ein wichtiges Medium ist – viele der Mitgliedsverbände haben bereits eine Homepage – werden die Publikationen unserer Organisationen noch lange Zeit ihre Bedeutung für die Verbindung zu allen Mitgliedern unserer Organisationen behalten.

Ulrich Schneider

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Ulrich Schneider (Generalsekretär), Sekretariat: Internationale Föderation der Widerstandskämpfer - Bund der Antifaschisten (FIR), Franz-Mehring-Platz 1, D- 10243 Berlin, Fon (30) 29 78 41 74, Fax (30) 29 78 41 79, e-mail: bundesbuero@vvn-bda.de, Internet www.fir.at

Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) wurde vom Generalsekretär der Vereinten Nationen zum «Botschafter des Friedens» ernannt. Sie besitzt NGO-Status bei der UNESCO, Paris, der ständigen Kommission der UNO, Genf, und dem Europarat, Strasbourg.

Kontoverbindung (neu!): Postbank Berlin (BLZ 10010010), Kontonummer: **543 054 107**, Kontoinhaber FIR, IBAN **DE 04 1001 0010 0543 0541 07** SWIFT-BIC: **PBNKDEFF**

Das Bulletin wird kostenfrei an Mitgliedsverbände und Interessierte abgegeben.